

Vom reichen Kloster zum teuren Erbe

Es war eine Drohung im gepflegten Stil, mit der Prinz Bernhard von Baden an die Öffentlichkeit ging. Seine Familie sehe sich außerstande, die Anlage von Schloss Salem am Bodensee weiter zu finanzieren, die Banken drängen (DER SONNTAG berichtete). Für den Fall, dass die Verhandlungen mit dem Land Baden-Württemberg scheitern, kündigte er an: „Das Kulturgut wird dann zum Wirtschaftsgut“. Noch sei der Zug zur Rettung von Salem nicht abgefahren, doch die Verhandlungen müssten zeitnah wieder aufgenommen werden. Die politischen Verantwortungsträger wollen sich aber nicht unter Druck setzen lassen. Noch mehr Pleiten, Pech und Pannen im „Kulturgüterstreit“ kann sich die Landesregierung schlicht nicht leisten.

So schwebt das Damoklesschwert des Verkaufs über Salem, das einst das bedeutendste und reichste Zisterzienserkloster Deutschlands war. Seine Abteikirche ist eines der ungewöhnlichsten und wichtigsten Bauwerke deutscher Gotik. Eingeraht wird sie von schlossartigen Barockbauten, die dem Besucher der Anlage den besonderen Rang der einstigen Reichsabtei vor Augen führen.

Seit über 200 Jahren ist Salem im Besitz des Adelshauses Baden. Der Rhein wurde damals zur französischen Ostgrenze, das Heilige Römische Reich deutscher Nation ging seinem Untergang entgegen. Viele Reichsfürsten, so auch Markgraf Karl Friedrich, der wenige Jahre später der erste Großherzog von Baden wurde, verloren ihre linksrheinischen Ländereien und sollten rechtsrheinisch entschädigt werden – unter anderem durch die Verstaatlichung kirchlichen Besitzes. Baden machte dabei ein ausgesprochen gutes Geschäft: Die neuen Ge-

Prinz Bernhard von Baden will Schloss Salem retten und drängt auf einen Vergleich mit dem Land. Doch die Regierung will sich im „Kulturgüterstreit“ nicht unter Druck setzen lassen.

biete übertrafen um ein Vielfaches das linksrheinisch Verlorene. Mit der ehemaligen Reichsabtei am Bodensee hatte der Markgraf besondere Pläne: Auch seine verstorbene Frau hatte auf der linken Rheinseite Besitzungen gehabt, die nach ihrem Tod an ihre Söhne gefallen waren. Mit Salem und den zugehörigen Ländereien wollte Karl Friedrich die Prinzen nun für das verloren gegangene mütterliche Erbe entschädigen. Der Markgraf richtete einen „Fideikommiss“ ein, der seinen Söhnen ein standesgemäßes Einkommen sichern sollte. Einige Jahre später wurde festgelegt, dass zum Besitz und Genuss der Erträge die Prinzen des großherzog-

lichen Hauses berechtigt sein sollten, die das Recht auf Regierungsnachfolge hatten, angenommen der Großherzog selbst, der Erbgroßherzog und dessen ältester Sohn. Mit anderen Worten: Salem war zu Großherzogs Zeiten eine Versorgungseinrichtung für nachgeborene Söhne.

Im demokratischen 21. Jahrhundert allerdings scheint das Haus Baden die Last, die es mit dem historischen Erbe zu tragen hat, mit den Einkünften aus dem Wirtschaftsbetrieb nicht mehr schultern zu können. Details über die Einkommensverhältnisse seiner Familie will Prinz Bernhard, der Generalbevollmäch-

tigte des Hauses Baden, nicht preisgeben, doch er wird nicht müde zu betonen, dass die Zukunft des mittelständischen Unternehmens mit 120 Mitarbeitern auf dem Spiel steht. Seine Aufgabe sei es, einen Weg zu finden, wie er Salem erhalten und gleichzeitig den Ruin der Familie abwenden kann. So wirbt der Prinz weiter für die Lösung, die er im vergangenen Jahr mit Vertretern der Landesregierung ausgehandelt hat: Das Haus Baden sollte 70 Millionen Euro erhalten und im Gegenzug auf alle Besitzansprüche an Kulturgütern verzichten, die zwischen dem Land und der Adelsfamilie strittig sind. Das Geld sollte zum Teil in eine Stiftung zum Erhalt von Schloss und Münster Salem fließen, zum anderen wollte die Adelsfamilie damit Verbindlichkeiten ablösen, die in den vergangenen Jahren für den Unterhalt der Anlage anfielen. Ursprünglich war vorgesehen, den Deal durch den Verkauf wertvoller Handschriften aus dem Bestand der Badischen Landesbibliothek zu finanzieren, was einen Sturm der Entrüstung hervorrief. Jetzt liegen

die Pläne für einen Vergleich erst einmal auf Eis: Eine Expertenkommission prüft, wie es wirklich um die Besitzrechte an den Kulturgütern steht, die das Haus Baden für sich reklamiert. Das freilich kann noch eine Weile dauern. Pech für den Prinzen: Wenige Tage nach seinem effektvollen Auftritt vor der Presse wurde bekannt, dass das Haus Baden vor zwölf Jahren ein Gemälde versteigern ließ, das nicht zweifelsfrei sein Eigentum war. Vor diesem Hintergrund steht kaum zu erwarten, dass die Landesregierung aufgrund gepflegter Drohungen aufs Tempo drückt und neuen Ärger riskiert. Annette Borchardt-Wenzel